

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: Bernh. Ott, Düsseldorf,
Konfordiastraße 7.
Druck und Versand Joh. van Aken,
Erfeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 4692

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1918.

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ enthält in seiner Ausgabe (Nr. 20 vom 29. Sept.) einen Rückblick auf die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1918, den wir der dringenden Beachtung unserer Mitglieder empfehlen. In dieser und der nächsten Nummer unseres Verbandsorgans geben wir Auszüge aus den äußerst treffenden Ausführungen wieder.

Der Rückblick auf die Entwicklung der letzten Zeit unter gewerkschaftlichen Gesichtspunkten berührt ganz besonders eigentümlich: auf der einen Seite riesige, beispiellose Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung; auf der anderen Seite unheimliches Schwanken des Bodens, auf dem allein die Gewerkschaften gedeihen können, nämlich der Grundlage unseres Wirtschaftslebens. Die Berichterstattung über die gewerkschaftliche Entwicklung bedarf strengster Objektivität. Sie kommt daher nicht an der Feststellung vorbei, daß die jetzige Blüte des Gewerkschaftslebens eine künstliche ist. Solche Blüte läßt sich zwar kurze Zeit aufrechterhalten. Auf die Dauer aber kann das Gewerkschaftsleben nur blühen, wenn das Wirtschaftsleben gesund ist. Beides ist untrennbar miteinander verbunden. Es muß daher in das Bewußtsein jeden Gewerkschaftlers hineingehämmert werden, daß das Gewerkschaftsinteresse die Arbeit für das Gedeihen der Volkswirtschaft unbedingt voraussetzt.

Der Fehler der alten, d. h. vorrevolutionären Zeit war, daß den Gewerkschaften durch die Gefährdung sehr starke Hemmnisse bereitet wurden. Die Gewerkschaften, an sich unmittelbar auf die positive Arbeit eingestellt, mußten viel zu viel kostbare Zeit und Mittel in der Opposition aufwenden. Die Kriegszeit brachte infolgedessen eine Aenderung, als sie die Gewerkschaften wenigstens leben ließ. Wie sehr jedoch diese neue Auffassung alten Anschauungen widerstrebt, beweist die Tatsache, daß erst im Berichtsjahre, also im letzten Kriegsjahre, endlich der § 153 der Gewerbe-Ordnung (Unterbindung der Koalitionsfreiheit) aufgehoben werden konnte. Diese Tatsache und ebenso die Erfahrungen mit dem preußischen Wahlrecht machen vieles von dem, was in der Revolutionszeit geschehen ist, erklärlich. Die Gewerkschaften als die eigentlichen

Vorkämpfer der Arbeiterbewegung

mußten immer aufs neue ihre ganze Kraft aufbieten, um sich allmählich die soziale und demokratische Grundlage für ihre Wirksamkeit zu sichern. Die Zeit aber, die für den Kampf in diesem Sinne verbraucht wurde, ging für die positive Erziehung in wirtschafts- und staatsbürgerlichem Sinne verloren. Der Zwang dieses ständigen Kampfes beeinflusste ferner die ganze Denkweise der Mitglieder. Die deutschen Arbeiter haben keine Zeit gehabt, sich an eine offene und ehrlich gemeinte Demokratie zu gewöhnen. Der trotzigen Verneinung und kastenmäßigen Abschirmung auf der einen Seite stand auf der anderen Seite ein ebenso trotziges, unbeugsames, mit Klassenbewußtsein durchsetztes Verlangen und Fordern gegenüber. Was unter solchen Umständen gewaltsam erzwungen werden muß, dessen wird man nicht froh. Der Gedanke an das Gewalttätige, an die rohe Gewalt als den ausschlaggebenden Faktor, wird allmählich zur Gewohnheit. So kam es, daß in Deutschland lange Zeit in jeden größeren Streit ein Stück Klassenkampf hineingelegt wurde. Es hat fast eines Menschenalters von Gewerkschaftsarbeit bedurft, um eine allmähliche Aenderung anzubahnen. Als dann aber infolge der Revolution solche Arbeitergruppen, denen früher das Streikrecht fehlte, dieses erlangten, faßten sie es in diesem ursprünglich rohen und gewalttätigen Sinne auf. Auch in England haben nach der Revolution große Streiks stattgefunden, die an Umfang und Bedeutung den in Deutschland stattgehabten kaum etwas nachgaben. Allein, dort fehlte ganz der gewalttätige Charakter, weil eben die englischen Arbeiter sich von jeher

auf dem Boden einer vorurteilsfreien Demokratie

bewegten. Ihnen war nicht, wie in Deutschland, Arbeitgebertum und Regierung ohne weiteres mit Reaktion identisch. So gelang es, die Grausamkeiten und Behässigkeiten fernzuhalten, die wir seit der Revolution in den Streiks der Bergarbeiter, der Eisenbahner usw. zu beklagen hatten. Die Ueberhäufung mit Rechten, die die deutsche Revolution mit sich brachte, machte große Teile der von einer richtigen gewerkschaftlichen Erziehung nicht erfassten Arbeitererschaft nicht froh, sondern frech. Unser ganzes Zusammenleben hat diesen Stich ins Brutale, Freche und Rücksichtslose bekommen. Niemand beklagt das mehr als die Gewerkschaften, weil dadurch der Brand geworfen wird in das von ihnen mühsam errichtete Gebäude der Arbeitererziehung.

Die christlichen Gewerkschaften haben während der ganzen Kriegszeit und insbesondere im Berichtsjahre, bei Besprechung der preußischen Landtagsreform usw., aus dem besagten Grunde stets den Nachdruck auf die Forderung gelegt, daß dem deutschen Volke Vertrauen entgegengebracht werden müsse. Im gegenseitigen Mißtrauen, der Wurzel des entsetzlichen deutschen Kastengeistes, lag eigentlich das Uebel. Darauf beruhte es auch, daß die deutsche Sozialgesetzgebung niemals im eigentlichen Sinne als wirkliche Sozialreform empfunden wurde. Sie gab sich ja als eine Reform, die stückweise und meist widerwillig und mit demütigender Gebärde für die Empfangenden gegeben wurde. Als Sozialreform aber verlangen wir letzten Endes eine Umformung der gesellschaftlichen Zustände nach einem bestimmten Ziel, wie es in dem Sehnen und Trachten der Massen selber gelegen ist. Darum forderten wir zunächst und als Grundlage

Vertrauen dem Volke gegenüber.

Dann würde sich auch zeigen, daß das deutsche Volk bei richtiger Erfassung sehr leicht zu lenken und zu führen ist. Die, grundsätzlich genommen, sehr stümperhafte Revolution, die nach dem Kriege ausgebrochen ist, beweist das. Ihre unglaubliche Unzulänglichkeit, bei aller Ueberstürzung sozialreformatorischer Maßnahmen, beruht gerade darauf, daß der Deutsche vom Revolutionär nichts an sich hat. Die Revolution war eine Auflehnung gegen einen furchtbaren Druck ohne positive Zielrichtung. Wäre die Erziehung des deutschen Volkes von maßgebender Seite aus in den letzten Jahrzehnten vorher nicht so grausam vernachlässigt, wäre dem Volke Vertrauen geschenkt worden, dann wäre selbst bei unserer schauerhaften Kriegslage der Kriegsausgang ein anderer, jedenfalls würdigerer gewesen.

Wir haben ehrlich zu dem Guten der früheren Zeit gestanden und Lehnen es ab, deswegen, weil es Mode geworden, niedrigen Masseninstinkten nachzugehen, alles Alte in Grund und Boden zu beschimpfen. Es wäre jedenfalls besser, wenn auch heute noch ein Teil des Respektes vor der Autorität vorhanden wäre, der früher obwaltete. Heute aber ist alles fessellos und ziellos, und nur das eigene Ich in seiner ganzen Glendigkeit spielt noch eine Rolle. Wie kann man verlangen, daß unter solchen Verhältnissen der Kapitalismus überwunden wird, was doch angeblich die Revolution gewollt und gesollt hat? Das nennt man

den Teufel durch Beelzebub austreiben!

Wie kann man eine wirkliche, vom Geiste des Menschen ausgehende Sozialisierung erwarten? Was soll uns der Haufen neuer Rechte, wenn dem Menschen die Fähigkeit abhanden gekommen, sie menschenwürdig auszuüben?

Die Hoffnungen, die vom Standpunkte des innerpolitischen Lebens auf den Weltkrieg gesetzt waren, gingen von der Annahme aus, daß der Weltkrieg ein Volkskrieg sei. Je länger der Krieg sich jedoch hinzog, umso mehr zeigte sich, daß von einem Volkskrieg nur in rein äußerlichem Sinne geredet werden konnte. Ziffernmäßig zwar war das ganze Volk mehr oder weniger beteiligt; allein die einheitliche

innere Teilnahme als Einheit eines Gesamtvolkes verschwand immer mehr. Die alten Gegenätze erhoben sich in neuer Schärfe. Im Gegenteil: die vereinfachende Weltanschauung des Schützengrabens und die Lebensmittelnöte im Inlande zeigten sie in noch rücksichtsloserer Klarheit. Unter diesen Umständen war es ein unschätzbares Verdienst, daß die großen Gewerkschaftsrichtungen durch ihr Zusammengehen in bezug auf die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes aus sich heraus so etwas wie eine Volksbewegung schufen (Burgfrieden). Ihre Krönung hatte diese Bewegung bei der Schaffung und Ausführung des Hilfsdienstgesetzes gefunden. Obwohl das Unternehmertum gegen Ende des Krieges immer offener seine Rüstungspläne der Arbeiterschaft gegenüber betrieb, ließ die Geschlossenheit der organisierten Arbeiterschaft für das Kriegsende und die Uebergangszeit dennoch das Beste erhoffen. Diese Hoffnungen jedoch wurden durch den Kriegsausgang durchkreuzt, mehr aber noch durch die nervöse Hast, mit der sich die freien Gewerkschaften glaubten an die Seite der Revolution stellen zu müssen. Man wurde es auf einmal wieder üblich, die radikalsten Schlagworte in der Agitation zu verwenden. Die Mitgliedschaften ließen dem Wort die Tat folgen und drückten mit Anmaßung und diktatorischer Geste auf die Angehörigen anderer Gewerkschaftsrichtungen. Im Zusammengehen mit einer Reihe von anderen Arbeiterverbänden wurde der Deutsch-demokratische Gewerkschaftsbund errichtet, der die nichtsozialistischen Arbeiter in einer einheitlichen Front hiergegen vereinigte. In einzelnen Landesteilen mußten die christlichen Gewerkschaftsmitglieder einen Terror ausstehen wie nie zuvor. Auch die Anleihen beim größten Radikalismus haben jedoch die freien Gewerkschaften nicht retten können, weil dem Gewerkschaftswesen an sich jeder Radikalismus wesensfremd ist. Die alleinige Folge ist gewesen, daß man spartakistischen und kommunistischen Begehrlichkeiten und der Flegelhaftigkeit der Unabhängigen Tür und Tor geöffnet hat. Heute steht

das freigewerkschaftliche Hans in vollem Brand.

Nun sucht man zu retten, was noch zu retten ist. Augenscheinlich stehen große Teile der freien Gewerkschaftler heute, aus einem Gefühl der Reaktion gegen den anfänglichen Ueberschwang heraus, jeder Korrektur der früheren kapitalistischen Zustände mit größtem Mißtrauen gegenüber.

Die Arbeiterschaft hat sich zunächst unter den Peitschenhieben der Revolution geduckt. Ihre Haltung war vielfach überaus unwürdig. An die Stelle früheren Herrenmenschentums trat abstoßende Rücksichtslosigkeit. Manches mag allerdings verschuldet worden sein durch das neue, parvenühafte emporkommene Eintagsunternehmertum der Kriegs- und Revolutionszeit.

Jedenfalls konnte unter den beschriebenen Einwirkungen jene Einrichtung nicht zu nötiger Auswirkung gelangen, die an sich so verheißungsvoll einsetzte: die Arbeitsgemeinschaft zwischen den Verbänden der Unternehmer und Arbeiter. Hier war eine Grundlage gegeben, die unserem Volke in seiner kritischsten Zeit mehr hätte nützen können als die längendsten politischen Errungenschaften, als Parlamentarismus, republikanische Staatsform und wer weiß was sonst noch. Es wäre wenigstens möglich gewesen, eine Uebergangswirtschaft einzuleiten, die uns vom schlimmsten Abgrund fernhielt.

Die dringendste Notwendigkeit der Stunde ist, daß sich die vernünftigste Arbeiterschaft in den großen Gewerkschaftsrichtungen unter Abstoßung der extremen Elemente wiederfindet zu einem Zusammengehen mit dem Unternehmertum, das auch dieses Leben läßt. Erst von diesem Zeitpunkt an werden Rätewesen und Sozialisierung eine gedeihliche Lösung finden können. Dann wird es auch möglich sein, der unsinnigen Streikerei aus politischen Gründen oder auch aus bloßer Machtwillkür ein Ende zu machen. Es wird möglich sein, auch

die Lohnpolitik wieder in vernünftige Bahnen zu leiten

und dem Affordlohn sowie der Gewinnbeteiligung zu richtiger Würdigung zu verhelfen. Ferner wird es gelingen, der unglaublichen Säugung des Schmarozertums entgegenzutreten, die die Revolution mit sich gebracht hat und die es verschuldet, daß Hunderttausende von arbeitswilligen Arbeitern in ihrer Tätigkeit gehemmt werden und daß unsere Produktion einen so grauenhaften Rückgang erfährt. Es muß dann ferner möglich sein, auch die Regelung der Arbeitszeit so zu gestalten, daß sie unserer Konkurrenzfähigkeit nicht die letzte Spitze abbricht. Das Problem der Frauenarbeit muß einer Lösung entgegengeführt werden. Es muß das Verhältnis der Arbeit der Jugendlichen zu jener der Erwachsenen, wie überhaupt die ganze Stellung der Jugendlichen im Arbeitsprozeß einer Revision unterzogen werden. Hier schleppen wir fürchterliche Sünden des Krieges nach. Dazu kommt die Frage der Arbeitslosigkeit und ihrer Unterstüzung. Auch dort muß rücksichtsloser Kampf dem Schmarozertum in die Zähne geschleudert werden. Sodann ist notwendig ein positiver Ausbau des Qualifikationsrechtes. Zu regeln ist ferner die Stellung der Angestellten und Beamten zur Arbeiterbewegung. Auch hier darf nicht vorläufige Lösung geschaffen werden, die dem Organismus unseres Gesellschaftswesens das Leben verflümmert.

Es muß versucht werden, in redlicher Zusammenarbeit der schaffenden Kräfte unseres Volkes diesen die Einwirkung auf die Weiterentwicklung auf jenen Gebieten zu ermöglichen, wo der einfach ziffernmäßig aufbauende Parlamentarismus versagen muß. Ueberaus beachtenswert ist, daß sich im Bewußtsein der großen Massen als neue Formen für die Zukunft unseres Gesellschaftslebens solche ergeben, die an die frühere Ständeauffassung lebhaft anknüpfen. Darin liegt der Beweis für die Unmöglichkeit rein klassenmäßiger Lösung des sozialen Problems. Vielmehr tauchen als Notwendigkeit jene Formen wieder auf, die in der christlich-sozialen Auffassung stets eine Rolle gespielt haben. Die christlichen Gewerkschaften haben denn auch insbesondere seit der Revolution dieser Auffassung ihr stärkstes Augenmerk wieder zugewandt. Die Erfassung und Aufklärung der Massen inzwischen hat gezeigt, auf wie fruchtbaren Grund man damit stößt. Es geht ein Zug neuen Lebens und Strebens durch unsere Massen. Allmählich setzen sich positive Ideen und Ideale in den Menschen fest. Es findet eine Abkehr von dem schalen Materialismus statt. Die fürchterliche Entfremdung fließt ab. Herz und Gemüt stehen der positiven Einwirkung wieder offen.

Unter diesem Zeichen nehmen die christlichen Gewerkschaften ihre Arbeit für die Zukunft mit neuer Energie auf. Es muß gelingen, unter Mitwirkung der Gewerkschaftsarbeit unser Volk aus seinem Laumel und aus seinem widerlichen Raufsch wachzurütteln. In diesem Sinne fassen wir christliche Gewerkschaftsarbeit als Volksarbeit und unsere Bewegung als Volksbewegung auf. So schafft sich Gewerkschaftstätigkeit selber den fruchtbaren Mutterboden, indem sie das Volk reif macht für die Arbeit an dem Wiederaufblühen des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens. Das sei die Grundlage unserer Wirksamkeit!

Lohnabbau?

Unter den Mitteln, die dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft zu dienen geeignet sind, ist von Anfang der Erörterungen an auch ein Abbau der Löhne genannt worden. Es handelt sich hier jedoch um eine Frage, die vielfach mit mehr Leichtfertigkeit — oder gar Oberflächlichkeit und fast Reichfertigkeit — behandelt wird als wie sie es bei dem großen Umfasse, der ihr zukommt, verdient. Denn sie hat zwei teilweise recht verschiedene Seiten, je nachdem man sie vom Standpunkt der Sozialpolitik oder des reinen Produktionsinteresses ansieht. Sozialpolitisch ist es durchaus wünschenswert und notwendig, daß den Arbeitnehmern nach den Entbehrungen des Krieges wieder die Möglichkeit einer menschenwürdigen Lebenshaltung geschaffen wird. Das ist aber ausgeschlossen ohne einen bestimmten Hochstand der Löhne. Des reinen Produktionsinteresses aber drängt nach einer Senkung der Kosten der einzelnen Produktionselemente, unter denen die Löhne bei der heutigen Höhe nicht die letzte Rolle spielen. Zu normalen Zeiten würde eine derartige Diskrepanz der wirtschaftlichen Interessen kaum vorhanden sein. Ganz anders aber in solchen des Schmerzes und Dranges, in welchen die Anomalie fast zur Regel wird.

Sozialpolitisch erscheint ein Abbau der Löhne nicht sobald möglich. Den unteren Massen fehlt es nicht nur im Augenblick vielfach am Nötigsten, sondern selbst bei der Wiederherstellung der früheren Lebenshaltung nach der Wiederaufstellung des Haushaltes, der Kleidung u. a. auf den früheren Stand noch auf längere Zeit einen Hochstand der Löhne bedingen. Wir müssen aber auch unsere Wirtschaft wieder in Gang bringen.

Sie uns als ein Band, das auf eine große Rohstoffzufuhr vom Ausland angewiesen ist, ist das besonders schwierig. Ohne ausländische Rohstoffe können wir nicht gut leben. Wenn wir jedoch Rohstoffe vom Ausland einführen wollen, dann müssen wir dafür vorerweislich auch wieder Waren ins Ausland ausführen. Früher geschah dieser Austausch meist so, daß wir Rohstoffe vom Ausland bezogen und dafür fertige Industrieprodukte zum Ausland ausführten. Je mehr Industrieprodukte wir ausführten, desto mehr verdienten wir. Der Krieg hat Deutschland arm gemacht. Wir werden daher sehen müssen, daß wieder Geld in unser verarmtes Land hineinkommt. Das können wir am besten erreichen durch Ausfuhr von Waren ins Ausland. Wenn wir jedoch auf den ausländischen Märkten Absatz finden wollen, dann dürfen wir nicht zu teuer arbeiten. Wenn unsere Industrie mit zu großen Kosten arbeitet, dann werden ihre Waren zu teuer. Was folgt daraus? Wir müssen mit allen Mitteln unsere Produktion zu verbilligen suchen, ohne daß die Güte der Waren leidet. Dann erscheint auch der Moment gekommen, wo man sich die Löhne als Produktionselement näher ansehen müssen.

In diesem Sinne meint auch der Vorsitzende des sozialdemokratischen Buchhändlerverbandes, Emil Bloch, in der letzten Nummer von „Recht und Wirtschaft“: „Ergeht sich allerdings als unumstößliche Wahrheit, daß die Löhne der deutschen Hand- und Kopparbeiterchaft der Einfuhr notwendiger Rohstoffe und Lebensmittel gegen Ausfuhr unserer Industriebedürfnisse hinderlich sind, ja sogar die Einfuhr von Fertigfabrikaten herabsetzen und dadurch die Arbeitslosigkeit im eigenen Lande noch mehr ins Unermessene steigen lassen. So werden sich die deutschen Arbeiter wohl oder übel mit einem großen Abbau der Löhne abzufinden haben... das Wohlergehen der Arbeiterchaft hängt nicht von nominell hohen Löhnen, sondern von der Kaufkraft des Lohnes ab. Und diese kann sehr wohl bei niederen Löhnen und größerer Warenherzeugung weit höher als bei hohen Löhnen sein, wie die Vergangenheit erwiesen hat. Sollte also, was natürlich zu untersuchen ist, ein Abbau der Löhne mehr Rohstoffe und Lebensmittel ins Land führen und uns in den Stand setzen, diese mit Industrieerzeugnissen zu bezahlen, wie überhaupt uns befähigen, unsere Lebensbedürfnisse besser als jetzt zu befriedigen, dann stände einem solchen Abbau auch vom Arbeiterstandpunkt nichts im Wege.“ Sehr wesentlich ist aber für die Abbaumöglichkeit der Löhne für uns auch der Stand der Auslandslohne. Wären diese auf die Dauer wesentlich niedriger als bei uns, würden wir auch unmöglich bei den heutigen Löhnen bleiben können, sollte nicht ein Wiederaufblühen unserer Wirtschaft und eine Besserung der Lage der Arbeitnehmerschaft einfach ausgeschlossen sein. Eine genaue Uebersicht über den Stand der Auslandslohne im Vergleich zu den heimischen läßt sich heute noch nicht gewinnen. Jedoch darf man annehmen, daß dort auch unter Berücksichtigung des dortigen Standes der Warenpreise die Löhne sehr gestiegen sind und im Verhältnis den unsrigen nicht nachstehen. So, man kann von Ausländern hören, daß die Löhne in manchen Auslandsindustrien sogar absolut höher sind wie bei uns, und daß auch dort die Entwicklung der Löhne noch nicht abgeklungen erscheint.

Wesentliche Voraussetzung für einen Abbau der Löhne sind billigere Lebensmittelpreise. An der Schaffung dieser mitzuarbeiten, liegt auch insofern mit in unserer Hand, als wir alle insoweit alles tun müssen, um die Ergiebigkeit unserer landwirtschaftlichen Erzeugung zu erhöhen. Wir werden unsier Bestreben darin setzen müssen, mit möglichst geringen Unkosten möglichst hohe landwirtschaftliche Leistungen zu erzielen. Dies ist vor allem möglich durch stärkere Heranziehung und Ausbarmachung aller neuzeitlichen Erzeugungsmittel und Erfindungen von Wissenschaft und Praxis. Nur so werden wir am ehesten hinsichtlich des Lebensmittelbezuges vom Ausland unabhängig, gelangen wir zu billigeren Lebensmitteln und damit zu einem Abbau der Preise und Löhne, wie er sonst nicht leicht zu erreichen sein wird. Ein solcher Abbau wird dann aber am wirksamsten sein, wenn er Hand in Hand geht mit einer großzügigen und wirksamen Valuta- und Finanzpolitik. Hier bestehen enge Zusammenhänge, die man nicht ohne weiteres ungeprüft übersehen darf.

Aus alledem ergibt sich, von wie mannigfachen Faktoren Lohnbildung und damit eine Abbaumöglichkeit bedingt ist. Heute ist die Lohnsetzung in den Gewerben nicht mehr Sache des Einzelnen, sondern der Berufsverbände. Wie große Anforderungen dabei an deren Leiter hinsichtlich der Beurteilung der Wirtschaftslage zu stellen sind, braucht wohl nicht mehr näher dargelegt zu werden.

Die Vertretung vor den Schlichtungsausschüssen

Immer Arbeiter- und Angestelltenausschüsse regelt sich nach einer Verordnung über Tarifverträge usw. vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1456). Der Wirkungskreis der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse erstreckt sich nach dieser Verordnung auf die Wahrnehmung aller wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten in dem Betriebe, der Verwaltung oder dem Büro dem Arbeiter gegenüber. Darunter fallen die Fragen der Bescholdung, der Arbeitsverteilung, der Regelung der Dienststunden und des Dienstbetriebes überhaupt, der Ausbildung, der Verbesserung der Stundung, der Entlassung, des Schlichtungsrechtes, der Unternehmung, der Wohlfahrtsanordnungen, der Sozialpflicht, soweit es sich um deren vertragliche Regelung handelt, der Vertretung der Arbeiter und der Nebenbeschäftigung. Alle diese Fragen sind aber nur insoweit

Gegenstand der Befugnisse der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, als wirtschaftliche Interessen der Arbeiter und Angestellten dabei in Betracht kommen. Weiter ist zu beachten, wie es in einer Entscheidung des Reichsarbeitsministers (A 2806 vom 19. Juni 1919) heißt:

„daß die im § 16 der genannten Verordnung den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen zugefallene „Mitwirkung“ nur die Aufstellung und die Beobachtung der allgemeinen Grundsätze in diesen Fragen betrifft, die für alle Arbeiter und Angestellten des Betriebes oder einer Abteilung des Unternehmens oder für eine bestimmte Arbeiter- oder Angestelltengruppe maßgebend sind, also nicht die Regelung von Fragen der ersetzten Art für den einzelnen Arbeiter oder Angestellten. Obgleichwohl kann der Arbeitgeber es nicht ablehnen, mit dem Arbeiter- oder Angestelltenausschuß über Wünsche und Forderungen einzelner Arbeiter oder Angestellten sowie über Streitigkeiten, die zwischen einzelnen Arbeitern oder Angestellten und dem Arbeitgeber schweben, in Verhandlungen einzutreten, wenn der Arbeiter- oder Angestelltenausschuß auf den an ihn gerichteten Antrag des beteiligten Arbeiters oder Angestellten an den Arbeitgeber herantritt.“

Besondere, auch Einzelfälle betreffende Rechte standen den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen außerdem schon nach § 6 der Verordnung über die Entlassung, Entziehung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 4. Januar 1919 (Reichsgesetzblatt S. 8), ferner nach § 9 der entsprechenden, die Angestellten betreffenden Verordnung vom 21. Januar 1919 (Reichsgesetzblatt S. 100) und nach § 5 der Verordnung vom 9. Januar 1919 (Reichsgesetzblatt S. 2) zu. In allen diesen Fällen handelt es sich um eine Mitwirkung der Ausschüsse bei der Kündigung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten, im § 9 der Verordnung vom 21. Januar 1919 auch um die Wiedereinstellung von Angestellten.

Durch eine Verordnung vom 30. Mai 1919, die in der am 2. Juni 1919 ausgegebenen Nr. 107 des Reichsgesetzblattes, S. 493, veröffentlicht ist, ist jedoch die zuletzt erwähnte Verordnung dahin abgeändert worden, daß den Angestelltenausschüssen allgemein und ohne jede Einschränkung ein Mitwirkungsrecht bei der Kündigung und Entlassung von Angestellten gegeben worden ist.

Schließlich ist noch zu bemerken, daß beabsichtigt wird, in dem in Vorbereitung befindlichen Gesetz über Betriebsräte die Befugnisse dieser Vertretungen der Arbeiter und Angestellten dem Arbeitgeber gegenüber eingehend zu regeln. Insbesondere soll dabei genau bestimmt werden, bei welchen Angelegenheiten und in welchem Umfang den Betriebsräten ein Mitwirkungs- oder Vorschlagsrecht zustehen soll.

Die Erinnerung Ihrer Anfrage ist zurückgehalten worden, weil angenommen wurde, daß das zuletzt erwähnte Gesetz früher zustande kommen würde. Wenn dies der Fall sein wird, läßt sich noch nicht bestimmt übersehen. Einstweilen gelten also die vorher erwähnten Vorschriften.

Im Auftrage: Siebert.

Damit wäre nun endlich eine etwas genauere Klarstellung der Rechte der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse von zuständiger Seite erfolgt, wenngleich auch jetzt noch über manche Fragen Meinungsverschiedenheiten entstehen können und sicher auch entstehen werden. Erfreulicherweise aber durch das Reichsarbeitsministerium auch noch über eine weitere bisher sehr kritische Frage die bestehende Unklarheit beseitigt worden. Diese betrifft die Erziehung des Lohnverlustes im Falle einer Vertretung der Arbeiterchaft durch die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse vor den Schlichtungsausschüssen. Bisheran haben weder die Schlichtungsausschüsse noch die Arbeitgeber diesen Lohnverlust ersetzt. Letztere haben ihren ablehnenden Standpunkt bisheran immer damit begründet, daß diese Frage in der Verordnung über die Tätigkeit der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse nicht geregelt sei. Wenn auch zugegeben ist, daß eine klare und vollständig eindeutige Bestimmung in der oben angeführten Verordnung über die Frage, wer den Lohn zu ersetzen hat, nicht enthalten ist, so wird aber nach § 13 der genannten Verordnung bestimmt, daß „die Ausschüsse bei der Regelung der Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse mitzuwirken“ haben und im § 14 ist gesagt, daß durch die Vertretung der Arbeiterschaft infolge der Wahlen oder der Zugehörigkeit zu den Ausschüssen keine Minderung der Entlohnung stattfinden darf.“ Endlich heißt es dann auch noch im § 20, „daß die Schlichtungsausschüsse auch von den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen angerufen werden können.“

Nun ist aber auch die Frage, wer den Lohn zu ersetzen hat, durch eine Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums vom 25. August 1919 (A 1536) entschieden worden. In dem Schreiben heißt es:

Nach § 11. der Verordnung vom 23. Dezember 1918 darf ein Lohnabzug infolge der Zugehörigkeit zum Angestelltenausschuß nicht erfolgen. Zu den Tätigkeiten, die die Zugehörigkeit zum Ausschuß mit sich bringt, gehört auch die Vertretung vor den Schlichtungsausschüssen (vgl. § 20 der Verordnung). Das Wort hat daher den Lohn zu zahlen.

S. U.: Unterschrift.

Nach dieser Entscheidung muß der Lohn für Mitglieder der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse vom Arbeitgeber weiter fortbezahlt werden dann, wenn diese zur Vertretung der Arbeiterschaft ihres Betriebes am Schlichtungsausschuß erscheinen. Die Mitglieder der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse können den entgangenen Lohn von ihrem Arbeitgeber in diesen Fällen beanspruchen, gleichviel ob der Schlichtungsausschuß von ihnen oder vom Arbeitgeber angerufen worden ist.

Allgemeine Rundschau

Der Kampf gegen Schleichhandel und Bucher ist erstalltensweise von den allermeisten berufenen Stellen aufgenommen worden. Aufgabe der Verbraucher muß es nun sein, besonders die behördlichen Maßnahmen gegen Schieber und Bucherer tatkräftig zu unterstützen. Aber auch noch in anderer Hinsicht können alle Konsumenten jenseit den Wirtschaftslagen einen empfindlichen Zug bringen als wie auch noch einem weiteren Enten unserer

Saluta im Ausland vorbeugen. Zur Erreichung dieser Ziele muß der Einkauf aller überflüssigen Waren aufhören.

Was an solchen überflüssigen Waren eingeführt wird, zeigt sich aus den Zusammenstellungen von Waren in manchen Geschäftsjahren. Da findet man z. B. Pfeffer 14 M., Rosinen 10-14 M., Trauben 8 M., Puddingpulver 12 M., holländischer Käse 19 M., Sardinen in Öl 4,50 M. und Schokolade 16 M. Es sind dies alles Waren, welche, wie die Kriegszeit gezeigt haben, zum Lebensunterhalt nicht unbedingt notwendig sind, welche aber in derartigen Mengen eingeführt werden, daß die Saluta immer weiter sinken muß.

Es ist geradezu ein Unfug, wie augenblicklich trotz der bitteren Not des Volkes das Geld verschleudert wird. Man soll nicht damit kommen, daß die Kinder auch mal ein Stückchen Schokolade haben sollen. Darum handelt es sich nicht, sondern um den massenhaften Einkauf von diesen Waren, durch Einfuhr aus allen Ländern. Es fehlt hierbei jede Ueberlegung und jede Urteilsfähigkeit. Gewiß entschuldigt die natürliche Rückwirkung nach Aufhebung der Blockade vieles. Es wird aber jetzt Zeit, daß die Verbraucher bei eingeführten Waren mit dafür sorgen, daß dem Schleichhandel und dem Wuchertum nicht noch mehr Vorschub geleistet wird.

Wegen unserer viel zu gering entlohnten Textilarbeiter können wir ja nach dieser Richtung hin ohne Sorgen sein. Diese sind nicht im mindesten in der Lage, sich die Luxuswaren, die nur zu Phantasiepreisen zu haben sind, zu beschaffen. Wir haben aber auch aus einem ganz anderen Grunde auf die für das ganze Volk so überaus nachteiligen Folgen des Einkaufes überflüssiger Waren hingewiesen. In den städtischen und gemeindlichen Lebensmittel-, Preisprüfungs- und sozialen Kommissionen, wie auch in neuester Zeit in den Arbeiterbezirken der Städte und Regierungen sitzen eine ganze Anzahl Arbeitervertreter. Aufgabe dieser muß es nun sein, mit dafür zu sorgen, daß alle aus dem Ausland eingeführten Waren aus den Schaufenstern verschwinden. Dadurch, daß alle diese Luxuswaren in den Schaufenstern ausgestellt sind, oder durch Hinweise in den Schaufenstern angeboten werden dürfen, wird nicht nur die Erbitterung in minderbemittelten Volksteilen unnötigerweise gesteigert, sondern es wird dadurch direkt das Schieber- und Wuchertum geizt. Wer darum mit dafür eintritt, daß den gewissenlosen Schleißhändlern und Schmugglern es nicht mehr so leicht gemacht wird, ihre Luxuswaren in den Geschäften öffentlich zum Kauf anzubieten, leistet damit der Volksgemeinschaft einen großen Dienst.

Wenn die Kartoffeln auf höchste steigt,

dann müssen die sogenannten Verbrauchergemeinden, die für sich nicht genügend Kartoffeln erzeugen können, zur Selbsthilfe greifen. So sah sich auch die Stadt Trier gemeinsam mit dem Landratsamt durch die Not des Augenblicks gezwungen, zu einem Gewalt- und Verzweiflungsschritt die Zuflucht zu nehmen. Eine Anzahl Kraftwagen mit Beamten, Gendarmen, Polizisten und Arbeitern begaben sich nach einem Orte des Hochwald-Reinsfeld, um dort Kartoffeln zu holen, da der Ort bis dahin trotz Verpflichtung nicht lieferte. Dem Gemeindevorsteher in Reinsfeld wurde bedeutet, daß man ohne Kartoffeln nicht nach Trier würde zurückkehren, seine Sache sei es, zu veranlassen, daß die Bauern die Kartoffeln lieferten, Arbeiter zum Herausholen der Kartoffeln habe man mitgebracht, auch stehende bewaffnete Gewalt zur Verfügung. Der Gemeindevorsteher erklärte, daß sie abliefern wollten, aber nicht zum Höchstpreis, denn dieser decke nicht die Produktionskosten. Darauf wurde ihm erklärt, daß die Preise von der Regierung festgesetzt seien und die Stadt nicht besorgt sei, diese zu überschreiten.

Als alles gütliche Zureden nichts half, wurde der Eigentümer des zunächstliegenden Hauses aufgefordert, Kartoffeln abzuliefern. Von den Bewohnern des Ortes, die sich unterdessen angesammelt hatten, fielen Schimpfworte und Drohungen. Schließlich flogen Steine, und die Menge griff zu Holzschreien und Haken. Einige Schüsse fielen und ein etwa 70-jähriger Bauermann brach, in den Unterleib getroffen, zusammen. Nun wich die Menge und machte den Weg vor den weiter vorgehenden Gendarmen frei.

Wie Kenner der Verhältnisse erklären, sollen die Reinsfelder Bauern in der ganzen Gegend nicht gut angesehen sein, auch in den Nachbardörfern nicht. Wir sind der Ansicht, daß die Landwirte überall ein größeres Entgegenkommen zeigen sollten, nicht nur um gut angesehen zu sein, sondern um auch zu ihrem Teile mitzubetragen, daß wir in Deutschland wieder zu geordneten Zuständen kommen. Beflagenswerte Vorgänge wie vorhin geschildert, sind zumeist nur eine Folge der Ueberspannung landwirtschaftlicher Produktionspreise.

Schwere Gefährdung der Brotgetreideversorgung.

Wie man aus den ländlichen Bezirken allgemein hören kann, ist eine gute Ernte eingebracht worden. Zweifellos haben wir diese in der schweren Zeit doppelt notwendig. Nun müssen wir aber erleben, daß in den einzelnen Grenzgebieten Getreide verschoben wird und die gewaltigen Unterschiede zwischen In- und Auslandspreis. Während nämlich bei uns der Weizen durchschnittlich 200 M. kostet, ist der Preis in der Schweiz und anderen Ländern in Markt ausgedrückt ausserhalb des Reichsgebietes.

Nun gibt es bedauerlicherweise bei uns in Deutschland eine Anzahl unsauberer Elemente, die Brotgetreide diebstahligerweise über die Grenze schmuggeln und dadurch die Brotgetreideversorgung aufs allerhöchste gefährden. Diese gewissenlosen Gesellen kümmern sich nicht um das deutsche Volk. Es kommt für sie nur einzig und allein ihr Profit in Betracht, sie machen sich nicht im mindesten Skrupel darüber, ob durch ihr Gebahren Elend und Jammer in Deutschland noch vermehrt werden. Ihr einziges Streben ist nur darauf gerichtet, sich „gesund“ zu machen. Verdienten solche „Patrioten“ nicht, daß man sie, wie uns dieser Tage von einem Kollegen vorgeschlagen wurde, an solche Laternenpfähle aufhängen würde, die infolge des Kohlenmangels doch nicht mehr ihren Bestimmungszweck erfüllen können?

1000-Mark-Anzüge.

Im „Bad. Beobachter“ erhebt Dr. Hermann Reinfried schwere Vorwürfe gegen die Regierung, daß sie die Nachhütungen der Reichs-Textil-Aktien-Gesellschaft nicht mehr auf die Finger sieht. Man wähnt wahrhaftig nicht, mitten in einer sozialen Revolution sich zu befinden, wo der Kapitalismus abgebaut werden soll, wenn man hört, daß aus Stoffen der Reichsstellen Anzüge im Preise von 800-1000 M. von dieser Reichs-Textil-Aktien-Gesellschaft in den Handel gebracht werden für Schieber und Revolutionsgewinnler, die diese Preise bezahlen können, während die große Masse der Bevölkerung aller Kreise leer ausgeht. Was hilft es, zur Anerkennung der Staatsautorität in Ministerreden und in Vorträgen über Zeitungsartikeln zu mahnen, wenn die Behörde selbst nicht in der Lage ist, ihre Autorität zu schützen und ihr Geltung zu verschaffen gegenüber einer geldgierigen Minderheit, die dem Volke die Haut abzieht?

Unsere Volksversicherung.

In der Kette der sozialen Einrichtungen, auf die unsere arbeitenden Volksgenossen berechtigten Anspruch haben, bildet die Volksversicherung ein wichtiges Glied. Je schwieriger es für die staatlichen Versicherungen ist, Renten usw. zu zahlen, die den heutigen Teuerungszuständen auch nur einigermaßen entsprechen, umso notwendiger ist für die weitesten Volksteile ihre Ergänzung im Wege der Selbsthilfe durch die Volksversicherung. Unsere Verbandsmitglieder berichten daher durch ihre Mitarbeit an den Bestrebungen unserer Volksversicherung eine notwendige, für unsere Volksgemeinschaft nützliche und segensreiche Arbeit.

Um die Beziehungen zu ihren Mitarbeitern noch fester als bisher zu gestalten, gibt unsere Volksversicherung neuerdings eine kleine Zeitschrift heraus. Diese soll die Mitarbeiter über das Wesen und die Einrichtungen der Volksversicherung aufklären und sie in die Lage versetzen, auch den Vertriebenen sachgemäße Auskünfte und Fingerzeige zu geben. Die Zeitschrift heißt „Unsere Volksversicherung“, erscheint monatlich einmal und wird an alle Mitarbeiter der Volksversicherung kostenlos versandt. Wer sie noch nicht erhalten hat, aber ihre Zustellung wünscht, wird gebeten, sie bei der Generalrechnungsstelle des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Köln am Rhein, Benlervall 9, zu bestellen.

Gültigkeit der Tarifverträge im besetzten Gebiete.

Wie die „Zeitschrift“ in ihrer Nr. 41 berichtet, hat das Reichsarbeitsministerium auf eine Frage des Arbeitgeberverbandes der papierverarbeitenden Industrien über die Gültigkeit von Tarifverträgen im linksrheinischen besetzten Gebiete folgende Antwort erteilt: Abgeschlossene Reichstarifverträge gelten, solange sie noch nicht für allgemein verbindlich für das Reichsgebiet erklärt sind, auch für die Vertragsteilnehmer im linksrheinischen Gebiet. Allgemein verbindlich erklärte Reichstarifverträge haben im besetzten linksrheinischen Gebiete volle Geltung, also auch für solche Personen, die als Vertragsteilnehmer nicht in Frage kommen. Im Friedensvertrage sind entgegenstehende Bestimmungen nicht enthalten.

Aus unserer Industrie.

Die Zukunft der deutschen Textilindustrie.

Es ist wohl kaum möglich, die Zukunft der deutschen Textilindustrie und die Aussichten, welche sich derselben in Bezug auf den Verkehr im Inlande und hinsichtlich des Ausfuhrgeschäftes eröffnen, in bestimmter Weise festzustellen, da diese Aussichten nur im ganzen und im Rahmen des gesamten deutschen Wirtschaftslebens zu beurteilen sind. Nichtsdestoweniger lassen sich jetzt nach Friedensschluß und nachdem die Textilindustrie ebenso wie andere Zweige des deutschen Wirtschaftslebens wiederum die Möglichkeit hat, mit Rohstoffen versorgt zu werden, allgemeine Voraussetzungen machen. Dies kann aber, wie besonders hervorgehoben werden muß, nur dann geschehen, wenn die Frage der Rohstoffbeschaffung, sei es auch nur in engen Grenzen, überhaupt möglich ist und wenn nicht Zustände eintreten, welche diese Rohstoffbeschaffung überhaupt wieder in Frage stellen.

Nicht unwichtig bei der Beantwortung der Frage ist die Tatsache, daß der Bedarf und die Kaufkraft der inländischen Kundenschaft für Textilprodukte groß und anhaltend ist, und dieses trotz der enorm hohen Preise, welche in erster Reihe durch die teure Rohstoffbeschaffung infolge des schlechten Standes der deutschen Währung, sodann aber auch durch die enorm gesteigerten Herstellungs-

kosten bedingt sind. Es ist bezeichnend, daß trotz der Wertenerkung aller Wertwaren die Verbraucher gewissermaßen einen Warenhunger zeigen, wie man ihn nicht für möglich halten sollte. Allerdings mit der Einschränkung, daß man heute trotz des Warenmangels nicht mehr geneigt ist, die mangelhaften Beschaffenheiten in Textilwaren, für die während des Krieges jeder Preis gezahlt wurde, zu kaufen, auch dann nicht, wenn die Verkäufer sich geneigt zeigen, die größten Konzessionen in Bezug auf Preisnachlaß zu machen. Hieraus ergibt sich ein Fingerzeig für die deutschen Textilindustriellen, daß das verbrauchende Publikum in der Zukunft bessere Waren kaufen wird, auch dann, wenn es dieselben viel teurer bezahlen muß. Wehnlich wird die Lage auch im Ausfuhrgeschäft sein, sobald es den deutschen Textilindustriellen überhaupt möglich sein wird, ihre Waren wieder zu exportieren.

Es ist vielfach angeregt worden, die minderwertigen Beschaffenheiten in Textilwaren, welche unlenkbar in größeren Mengen noch in Deutschland vorhanden sind, für die Ausfuhr zu verwerten. Ob sich durch diese Maßnahme eine Besserung erzielen lassen wird, steht doch sehr dahin, denn es ist sicher, daß auch das Ausland in Textilwaren und zwar in sogenannter Kriegsmare noch hinreichend viel Mengen verschleudert hat, diese selbst gern billiger absetzen möchte. Es wird berichtet, daß auf Umwegen auch nach Deutschland große Mengen solcher ausländischer Kriegs-Textilwaren in Deutschland angeboten werden, ohne jedoch Abnehmer zu finden. Alle diese Tatsachen haben schon jetzt bei den deutschen Textilfabrikanten (auch bei den ausländischen Fabrikanten ist dies der Fall) den Entschluß gereizt, sich doch soweit die verfügbaren Rohstoffe dies überhaupt zulassen, der Herstellung von Qualitätsware zuzuwenden. Sehr viele deutsche, österreichische, schweizerische und andere Textilfabrikanten beginnen bereits genannte englische Tuchgewebe zu mustern und auch in Wirkwaren, Baumwoll-, Seiden-, und ähnlichen Erzeugnissen ist man dazu übergegangen, die Betriebe auf bessere Qualitäten umzustellen, immer natürlich in der Voraussetzung, daß der Rohstoff zur Verfügung steht.

Da nun die Hoffnung nicht ganz abzuweisen ist, daß auch die deutsche Textilindustrie allmählich mit den Rohstoffen besser versorgt werden wird, so darf man annehmen, daß dieses Vorgehen bisher einzelner Fabrikanten auch weiter Nachahmung finden wird. Wenn man die Aussichten der Webereindustrie als solche berücksichtigt, so ist wohl anzunehmen, daß dieser Zweig der deutschen Textilindustrie fürs Erste wohl auf das Auslandgeschäft beschränkt bleiben müssen. Gute Kenner des Ausfuhrgeschäftes glauben aber, daß es nicht ausgeschlossen sei, daß in absehbarer Zeit konfektionierte Waren deutschen Ursprunges ausgeführt werden können. Auch hier wird es sich, wenn auch nicht um beste Beschaffenheiten, so doch immerhin um mittelgute Waren handeln, da Italien, Holland geringe Beschaffenheiten in konfektionierten Waren ausführt, während diese beiden Länder neben England und zum Teil auch neben Amerika Großabnehmer in konfektionierten deutschen Waren gewesen sind. Die Schweiz, welche früher ebenfalls konfektionierte deutsche Waren in großen Mengen bezogen hat, hat sich auf diesem Gebiete sehr vervollkommenet und wird fürs Erste als Abnehmer deutscher Waren kaum in Betracht kommen. Bei alledem darf man auch nicht unberücksichtigt lassen, daß die deutsche Webereindustrie nicht nur im Augenblick im Inlande mit der ausländischen Textilindustrie einen schweren Konkurrenzkampf auszufechten hat, wobei allerdings die Aussichten bestehen, daß wegen der hohen Preisbewertung der ausländischen Waren die deutsche Textilindustrie siegreich aus dem Kampfe hervorgehen wird. Ist es doch kein Geheimnis, daß zur Zeit für englische Herrenstoffe Preise bis zu 200 M. per Meter und im Volkskleid noch höher bezahlt werden.

Zu diesen Preisen dürften wohl auch die deutschen Textilfabrikanten gute Waren liefern können, immer vorausgesetzt, daß ihnen Rohmaterial zur Verfügung steht. Aber gerade der Umstand, daß das verbrauchende Publikum die hohen Preise nicht zahlt, wenn es wirklich gute Waren kaufen kann, ist ein Fingerzeig für die deutsche Textilindustrie, daß man sich wiederum der Herstellung guter Ware zuwenden möge.

Wie werden sich nun die Aussichten der deutschen Textilindustrie in Bezug auf das Ausfuhrgeschäft gestalten? Wir sind der sicheren Ueberzeugung, daß Wertwaren aller Art, ebenso Strickwaren, wenn die deutsche Wirt- und Strickwarenindustrie den benötigten Rohstoff hat, auf jeden Fall auf dem Weltmarkt ihre Rolle weiter behaupten werden, allerdings immerhin mit der Einschränkung, daß einzelne Länder, wie Japan und Amerika, im Verlaufe des Krieges ihre Wirtwarenindustrie zu bedeutender Höhe geführt haben. Es ist aber sicher, daß Spanien gern weitere deutsche Erzeugnisse kaufen wird und daß ebenso Italien und Rumänien und selbst Amerika und England auf deutsche Strickwaren warten. Von genauen Kennern der Verhältnisse hört man, daß Gardinen, Samte und Plüsch, sobald es der deutschen Textilindustrie möglich ist, baumwollene Feingarne in beliebigen Mengen zu erhalten und desgleichen die übrigen Rohstoffe zu beziehen, wohl den bezüglichen Fabrikanten möglich sein wird, diese genannten Waren auszuführen. Dabei ist allerdings nicht zu verkennen, daß die augenblicklichen beträchtlichen Schwankungen der Preise für die Rohstoffe die Kalkulation für den Fabrikanten ungemein schwierig gestalten und deshalb auch die Ausfuhr sehr erschweren. Treten hier erst einigermaßen stabilere Verhältnisse ein, so wird die Ausfuhrmöglichkeit gegeben und der deutschen Textilindustrie, wie zu hoffen ist, frühere Absatzgebiete wiederum erschlossen werden.

Daß die deutsche Leinenindustrie auf dem Weltmarkt später wieder erfolgreich konkurrieren wird, ist sicher. Amerika und England möchten schon heute von diesem Zweige des deutschen Stoffgewerbes Danke kaufen. Underschied steht nur die Tatsache im Wege, daß gerade

das deutsche Leinwandgewerbe an Rohstoff einen sehr un-
gehörligen Mangel hat wie wohl kein anderer Zweig der
deutschen Textilindustrie.

Nach alledem kann man wohl sagen, daß die Aus-
sichten der deutschen Textilindustrie nicht so schlecht sind,
wie dies vielfach angenommen wird.

Aus unserer Bewegung.

Aus dem Münsterland.

(Beweise, die keine Beweise sind.)

Im sozialdemokratischen „Volkswille“-Münster (Westf.),
vom 11. Oktober, beschäftigt sich jemand (anscheinend ein
Angestellter des Deutschen Textilarbeiterverbandes) mit
unserer „Textilarbeiter-Zeitung“, welche in fast jeder
Nummer Terrorismussfälle von Mitgliedern des Deutschen
Textilarbeiterverbandes berichtet. Zunächst können wir
dem Schreiber versichern, daß die in der „Textilarbeiter-
Zeitung“ angeführten Fälle sämtlich auf Wahrheit
beruhen und manche brutale Gemaltakte noch
unberücksichtigt in unsern Akten sich befinden.
Doch das nur nebenbei. Der Artikelschreiber meint,
wir dürften nicht über Terrorismus schimpfen, denn wir
hätten unsern eigenen Schild nicht rein. Er bringt dann
„Beweise“ dafür aus dem Münsterland. Aber was für
welche? Irgend einen Fall, wo Mitglieder unseres Ver-
bandes, der Ortsgruppen- und Verbandsleitungen, Mit-
glieder der deutschen Textilarbeiterverbandes terrorisiert
oder vergewaltigt hätten, kann er nicht anführen. Dagegen
führt er Fälle an, in denen Geistliche, Volksvereinssekretäre u.
für unsern Verband eintreten und vor dem Deutschen
Verband gewarnt haben sollen. Das ist wirklich eine
schreckliche Sache! Sollen wir Personen, die
außerhalb unserer Bewegung stehen, etwa
eine mündliche oder schriftliche Propaganda
für unsere Bewegung verbieten? Für eine
Richtung zu werben und einzutreten ist im freien
Deutschland das gute Recht jedes Einzelnen. Es darf
das nur nicht mit persönlichen Berührungspunkten, Gewalt
und Gestimmungszwang verbunden sein, wie das leider zu
unabhängigen Malen in verschiedenen Bezirken vom Deutschen
Verbande uns gegenüber gemacht worden ist. Der
Kampf mit geistigen Waffen, sachlicher und
ruhiger Art, ist wirklich nicht zu fürchten. Wir
nehmen es durchaus nicht übel, wenn Gestimmungsreunde
des Deutschen Textilarbeiterverbandes, seien es Mehr-
heitssozialisten oder Unabhängige (letztere besonders) für
den Deutschen Textilarbeiterverband eintreten. Wenn es
nach der Logik des Artikelschreibers ginge, müßten wir
eigentlich auch verlangen, daß in sozialdemokratischen
Parteiveranstaltungen und bei sonstigen Anlässen von
sozialdemokratischen Agitatoren nicht für den Deutschen
Textilarbeiterverband geworben und vor unserer Richtung
gewarnt werden darf. Wir sind aber wirklich nicht dumm
genug, um so etwas zu erwarten, geschweige denn gar
zu verlangen.

Mit Artikeln läßt sich der vom Deutschen Textil-
arbeiterverband gegen uns in vielen Bezirken geübte
Terrorismus nicht aus der Welt schaffen. Die „Beweise“
im „Volkswille“ über Terrorismus von unserer Seite
sind eben keine Beweise. Die „Textilarbeiter-Zeitung“
würde ihre Pflicht gegenüber den Verbandsmitgliedern
und gegenüber der Arbeiterbewegung nicht erfüllen,
wenn sie die ungeheuerlichen Vorkommnisse von Terroris-
mus, Ausschaltung u. stillschweigend hinnehmen wollte.
Daß diese Vorkommnisse, besonders in den Bezirken, wo
wir die Mehrheit haben, bei unsern Mitgliedern gerade
nicht die besten Gefühle gegenüber dem Deutschen Ver-
band auslösen, dürfte verständlich sein. Ein auf
gegenseitiger Achtung und Anerkennung ba-
sierendes Verhältnis der beiden Organi-
sationen zueinander herbeizuführen, ist aber
Sache derjenigen Seite, welche den gegen-
seitigen Zustand verschuldet. B. E.

Bezirkskonferenz des christlichen Textilarbeiter- verbandes, Bezirk Bayern.

Sonntag, den 28. September, hielt der Bezirk Baye-
re eine Konferenz in Kaufbeuren ab, zu der 44 Ver-
treter aus den bayrischen Ortsgruppen abdelegiert waren.
Zur Tagesordnung standen: 1. Bericht des Bezirksleiters
Geier über die Tätigkeit während des verflohenen Ge-
schäftsjahres, 2. Bericht von Gewerkschaftssekretär Egger
über die Verbandsgeneralversammlung und deren Be-
schlüsse, 3. Referat über Tarifverträge und Arbeits-
gemeinschaft.

In der anschließenden Diskussion stimmten sämtliche
Redner und Rednerinnen den Ausführungen der Ref. -enten
zu. Besonders scharf verurteilt wurde von allen anwesenden
Delegierten der widerrechtliche Terror, welcher in
Ausübung seitens der Mitglieder des sozialdemokratischen
Textilarbeiterverbandes auf christlich-organisierte ausgeübt
wurde. In der erbarungslosigen Weise haben tot or-
ganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen 18 Wochen und noch länger
hroßlos gemacht. Ein Delegierter stellte den Antrag, für
diese schwergefügigen Leute in allen Ortsgruppen
Bayerns eine Sammlung zu veranstalten, um diesen Armen
zu Hilfe zu kommen. Dieser Antrag wurde mit großer
Freude angenommen. Die Delegierten beauftragten die
Führer ihrer Organisationen, mit allen gesetzlichen Mitteln
gegen die Terroristen vorzugehen. Überall sollte dem
Terror der stärkste Widerstand geleistet werden. Auch
müssen Schritte unternommen werden gegen die ungesetz-
lichen Handlungen mancher Betriebsräte.

Bei den zukünftigen Sammelveranstaltungen sollen auch
Arbeiter aus verschiedenen Sparten hinzugezogen werden.
Die Wahl des Bezirksleiters wurde einstimmig für
Richard Geier aus Kaufbeuren. Als Stellvertreter wurde
Richard Geier gewählt.

In den Bezirksbeirat wurden gewählt: Roberstein-Augs-
burg, Wiedemann-Immenstadt, Deibel-Rosenmoor, Buch-
brücker-Forchheim und Heiligenfelder-Kaufbeuren.

Der gute Geist und die Einmütigkeit, welche während
der Verhandlungen sich zeigten, ließen darauf schließen,
daß auch in Zukunft an dem weiteren Ausbau des christ-
lichen Textilarbeiterverbandes es nicht fehlen sollte.

Bezirk Aachen-M. Gladbach-Pfalz.

Am 28. September, 11. und 19. Oktober fanden für den
Bezirk in Aachen, M. Gladbach und Lambrecht Bezirks-
konferenzen statt, auf welchen Bericht erstattet wurde über
den Verlauf unserer Verbandsgeneralversammlung. Ueber-
einstimmung herrschte über die Frage der Sozialisierung der
deutschen Textilindustrie. Dieselbe ist hierzu weniger ge-
eignet als jede andere Industrie. Eine Erweiterung der
Rechte der Arbeiter im Produktionsprozeß bringe der
Regierungsentwurf über die Errichtung der Betriebsräte.
Denjenigen dürften nur rein wirtschaftliche Aufgaben über-
tragen werden und müßten dieselben in enger Zusammen-
arbeit mit den Gewerkschaften gelöst werden. Anerkannt
wurden alleseitig die Fortschritte, welche auf dem Gebiete der
Tarifverträge erzielt worden seien. Unsere Aufgabe müsse
es sein, in naher Zukunft Branchentarife, welche sich über
große Bezirke erstrecken, auszuarbeiten und zur Einfüh-
rung zu bringen. Dieses Ziel kann am besten in der
Reichsarbeitsgemeinschaft für die deutsche Textilindustrie
angestrebt werden. Allseitig verurteilt wurde die ablehrende
Haltung der linksrheinischen Arbeitgeberverbände, zur Bil-
dung der Bezirksgruppe Rheinland der Arbeitsgemeinschaft.
Die von den Arbeitgeberern vorgebrachten Gründe für ihre
Ablehnung sind nicht stichhaltig. Es besteht die Hoffnung,
doch noch zu einer Verständigung in dieser Frage zu kommen.
Gelingt dieses nicht, so werden die Folgen für die links-
rheinische Textilindustrie nicht ausbleiben. Die Textil-
arbeiter des besetzten Gebietes fordern, daß ihre Arbeits-
und Lohnverhältnisse nach denselben Grundsätzen wie rechts
des Rheines geregelt werden.

Einstimmig wurde von den Konferenzteilnehmern die
von der Verbandsgeneralversammlung beschlossenen Bei-
trags- und Unterstützungsreformen gutgeheißen. Aufgabe
der Ortsgruppenverbände müsse es jetzt sein, die Mit-
glieder aufzuklären. Im ganzen Verbandsgebiet soll zu den
statutgemäßen neuen Beiträgen einheitlich ein Lokal-
beitrag von 20 Pfg. erhoben werden.

Durch Beschluß der Verbandsgeneralversammlung bezw.
Zentralvorstandes soll eine Zusammenlegung des West-
deutschen Bezirks erfolgen. M. Gladbach-Aachen und
die Pfalz sollen einen Verbandsbezirk bilden,
welcher in sieben Sekretariatsbezirke eingeteilt ist. Als
Bezirksleiter wurde auf allen Konferenzen Kollege Erwald
Weber-Aachen und zu seinem Stellvertreter Kollege Wilh.
Hermes-M. Gladbach einstimmig gewählt. Ebenfalls
wurde ein Bezirksbeirat von zehn Kolleginnen und Kollegen
gewählt, welcher die Bezirksleitung in der Führung der
Verbandsangelegenheiten unterstützen soll.

Alle Konferenzen waren sehr gut besucht und waren
getragen vom Geiste größter Einmütigkeit.

Bezirkskonferenz des Verbandsbezirks Barmen.

Der Bezirk Barmen des Zentralverbandes christlicher
Textilarbeiter Deutschlands hielt am Sonntag, 6. Oktober,
in Hagen eine ordentliche Bezirkskonferenz ab.

Die Ortsgruppen waren durch 64 Delegierte vertreten.
(Wegen der besonderen Schwierigkeiten konnten nur ein-
zelne Vertreter des besetzten Gebietes an der Tagung
teilnehmen.) Von der Hagenener Ortsgruppe waren einige
Kollegen als Gäste anwesend. Vom Zentralvorstand waren
erzogen: die Kollegen Heimr. Fahrenbrach, Johann
Müller, H. Schmitt und H. Kamps.

Am 4. Uhr eröffnete der bisherige Bezirksleiter
H. Fahrenbrach die Versammlung und machte einige
geschäftliche Mitteilungen. Dann schlug er vor, die Tages-
ordnung, welche lautete:

1. Die grundsätzliche Stellung des Verbandes (J. Müller).
2. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung über:
 - a) Ausbau der Tarifverträge und Arbeitsgemein-
schaften (H. Fahrenbrach)
 - b) Die Entschlüsse des Verbandstages (J. Preis).
 - c) Beitrags- und Unterstützungsweisen (D. Büchsen-
schütz).
3. Beschlußfassung über die Zusammenlegung der Bezirke
Barmen und Krefeld.
4. Wahlen:
 - a) des Bezirksleiters,
 - b) des stellv. Bezirksleiters,
 - c) des Bezirksbeirats.
5. Verschiedenes,

dahin anzustellen, daß zuerst Punkt 2 der Tagesordnung,
dann Punkt 1 vorgenommen wird. Diesem wird statt-
gegeben.

Hierauf nimmt Kollege H. Fahrenbrach zu Punkt 2
„Arbeitsgemeinschaft und Tarifverträge“ das
Wort.

In herberhündlichen Ausführungen und an Hand einer
graphischen Darstellung schildert Redner die große Be-
deutung der Arbeitsgemeinschaften und Tarifverträge im
„Reinland“ der Arbeitsgemeinschaft ein, wies auf die
bestehenden Schwierigkeiten im linksrheinischen, besetzten
Gebiet hin, wo besonders in Arbeitsbetrieben wenig
Entgegenkommen gezeigt wird. Redner empfiehlt eine
weitere Vertiefung der Beziehungen über Arbeitsgemein-
schaften und Tarifverträge an die Arbeiterschaft, damit diese
sich in Reihen und Bund der Arbeitsgemeinschaften und
Betriebe einleben kann, um jederzeit gegen gegnerische
Interessen der auf dem Gebiete der Tarifverträge stehenden
Arbeiter-Union gewappnet zu sein.

In der Diskussion wählte Kollege Erwald Weber den
Bezirk die Angliederung an die Pfalz. Kollege Müller
wählte die Angliederung an die Pfalz.

Die Entschlüsse des Verbandstages erläutert
Kollege Preis in längerer Ausführung.

In der Aussprache wird der seitens des Deutschen
Verbandes geübte Terrorismus auf scharfste verurteilt.
Ferner soll energisch gegen Bücher und Schleich-
handel vorgegangen werden. Eine diesbezügliche Ent-
scheidung wurde seitens der Versammlung angenommen.

Ueber „Beitrags- und Unterstützungsweisen“ gab Kollege
D. Büchsen schütz die nötigen Erklärungen.

In der Nachmittagsverhandlung erteilte der Vorsitzende
zunächst dem Kollegen Johann Müller zu Punkt 1 das
Wort.

In packendem Vortrag legt Redner die grundsätz-
liche Stellung unseres Verbandes klar, forderte
alle Funktionäre und Mitglieder des Verbandes auf, mit
aller Kraft für die Ideen der christlichen Gewerkschafts-
bewegung einzutreten, Befonnenheit zu zeigen, und in
unermüdlicher Tätigkeit für weitere Ausbreitung und
Festigung des christlichen Textilarbeiterverbandes zu wirken.

Die Ausführungen des Redners finden die volle Zu-
stimmung der Versammelten und bringt dieses auch der
Vorsitzende besonders in seinen Dankworten zum Ausdruck.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung wird beschlossen, die
beiden Bezirke Barmen und Krefeld zusammen-
zulegen. Als Sitz für den Bezirksleiter wird Düsseldorf
in Aussicht genommen.

Die Einteilung der Lokalsekretariate wird so vor-
genommen, daß jede Ortsgruppe einem Sekretariat
angeschlossen ist.

Der Lokalsekretär trägt die Verantwortung für sein
Sekretariat.

Der Bezirksleiter ist verantwortlich für den Bezirk.
Zum Bezirksleiter wird einstimmig Kollege Johann
Müller gewählt.

Als Stellvertreter des Bezirksleiters wird Otto Büchsen-
schütz gewählt.

In den Bezirksbeirat werden 9 Kollegen gewählt, 5 von
Barmen, 4 von Krefeld.

Die Kollegen von Barmen sind:
Wilhelm Steffens-Mülheim, Joh. Buscher-Diring-
hausen, Karl Boll-Wipperfurth, Karl Mitsfeld-Barmen,
Jda Hermes-Bohwinkel.

Alle gewählten Kollegen nehmen die Wahl an.
Dem Wunsche der Ortsgruppen im Sauerland ent-
sprechend, stellt Kollege Fahrenbrach in Aussicht, die dortigen
Ortsgruppen zu einem Sekretariat zusammenzuschließen,
mit dem Sitz in Finnentrop, und dem Bezirk Münsterland
anzugliedern. Es soll dort eine geeignete Kraft angestellt
werden. Die Versammlung gibt hierzu ihr Einverständnis.

Nachdem sich auch Punkt Verschiedenes nach reger,
interessanter Aussprache erschöpft hatte, ist das Ende der
Tagung erreicht.

Doch bevor das Schlusswort gesprochen wurde, würdigte
Kollege J. Preis die Verdienste des ehemaligen Bezirks-
leiters Heinrich Fahrenbrach. Aus dem Arbeitsverhältnis
heraus wurde H. Fahrenbrach Bezirksleiter, in aufopferungs-
voller Arbeit und zielbewusstem Wirken hat er dem Be-
zirk und der Gewerkschaftsbewegung seine Kraft gewidmet,
und hat sich der Barmener Bezirk unter seiner Leitung
zu einer starken Organisation entwickelt. Mögen nun die
größeren Aufgaben, welche seiner harren, durch ihn zum
Segen des Verbandes und der gesamten Arbeiterschaft werden.

Die lebhafteste Zustimmung der Anwesenden gab Zeugnis
davon, daß die Worte des Kollegen Preis aus dem Herzen
der Anwesenden sowohl, als auch aller Kollegen und
Kolleginnen des Bezirks kamen. Kollege Preis stellte dem
neuen Bezirksleiter Johann Müller die treue Mitarbeit
der Kollegen in Aussicht.

Kollege Fahrenbrach suchte den ihm wohlverdienten
Dank dadurch abzuschwächen, daß er ihn auf seine Mit-
arbeiter übertrug. Mit eindringlichen Worten forderte Kollege
Fahrenbrach in seinem Schlusswort alle Anwesenden auf,
in steter treuer Arbeit für den Verband zu werden und
zu wirken, und schloß dann mit einem Hoch auf den
Zentralverband christlicher Textilarbeiter die in schöner
Harmonie verlaufene Bezirkskonferenz.

Besondere Bekanntmachungen.

Im Interesse der Mitglieder machen wir
darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinung-
stage dieser Nummer der 44. Wochenbeitrag
im Jahre 1919 für die Zeit vom 26. Oktober
bis 1. November 1919 fällig ist.

Wegen zu großen Stoffandranges

konnten nicht alle Berichte aus den Bezirken und Orts-
gruppen in dieser Nummer aufgenommen werden. Wir
müssen nochmals unsere Bitte wiederholen, Beiträge für
das Verbandsorgan nur auf einer Seite zu beschreiben.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1918
— Lohnabbau? — Die Vertretung vor den Schlichtungs-
ausschüssen. — Allgemeine Rundschau: Der Kampf gegen
Schleichhandel und Bücher. — Wenn die Kartoffeln auf
höchste steigt. — Schwere Gefährdung der Brotgetreideer-
zeugung. — 1000-Mark-Anzüge. — Unsere Spillversicherung.
— Tätigkeit der Tarifverträge im besetzten Gebiete. — Aus
unserer Industrie: Die Zukunft der deutschen Textilindustrie.
— Aus unserer Bewegung: Aus dem Münsterland. — Be-
zirkskonferenz des christlichen Textilarbeiterverbandes, Bezirk
Bayern. — Bezirk Aachen-M. Gladbach-Pfalz. — Bezirks-
konferenz des Verbandsbezirks Barmen. — Besondere Be-
kannntmachungen.